

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Rates

vom:	17.07.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	17:45 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Al-Omary, Falk
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Klöpperpieper, Rolf
Stv Köhl, Siegfried
Stv Krombach, Ulrich
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen

Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Justitiarin Nölle
Städt. VR Dorsch
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
VA Schneider
Städt. VR Weber
Städt. VR Reisch
Rechtsreferendarin Haake
Rechtsreferendar Brecht
Inspektoranwärter Stahl
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Daus, Anny
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Gierlich, Michael
Stv Jacob, Martin
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Müller, Heinz
Stv Schulze, Werner
Stv Strunk, Christine

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 3.2 sowie 11.2 bis 11.5 und der nichtöffentliche Teil um Punkt 9 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Glaamann bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde**3.1. Haushaltssperre des Landes NRW**

Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom 11.06.2002

Die Antwort wurde durch den Kämmerer schriftlich beantwortet.

3.2. Finanzierung der Parkplätze Diemstraße/Jahnplatz

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2002

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Das in Rede stehende Grundstück der DBIm dient zwar der Erschließung der Parkplätze jenseits der Alche, ist aber im Wesentlichen Teil der integrierten Baumaßnahme Straße "An der Unterführung " Busbereitstellungsplatz / P+R-Einrichtungen".

Es trifft zu, dass die Parkplätze jenseits der Alche unter der HTS, die ursprünglich als öffentliche Parkplätze zur Entlastung der Innenstadt geplant waren, dem Kreis Siegen-Wittgenstein zur Nutzung überlassen werden sollen. Der Kreis kann hier die notwendigen Stellplätze in Verbindung mit der Erweiterung des Berufskollegs Fischbacherberg ausweisen. Die Nutzung entspricht dem Sinn nach den Absichten des Bebauungsplanes Nr. 287 "An der Unterführung".

Zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Siegen, als Eigentümer der Flächen unter der HTS wird ein entsprechender Vertrag abgeschlossen. Die Verwaltung ist über den Vorgang informiert. Sobald die Vereinbarung unterschriftsreif ist und die Rahmenbedingungen feststehen werden die Ergebnisse den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Zu den einzelnen Fragen:

- Es sollen ca. 160 Parkplätze geschaffen werden.
- Der Stadt entstehen keine Kosten für Grunderwerb und Erschließung und Herichtung der Parkplätze, da sie nicht Erwerber bzw. Betreiber ist. Die neue Brücke über die Alche wird mit ca. 322.000,00 € veranschlagt. Die Kosten für den Grunderwerb und die Anlegung des 3 m breiten Fuß- und Radweges als Verbindungsstück zwischen den bereits bestehenden Anlage trägt die Stadt Siegen.
- Die Stadt übernimmt bei dem Bau der neuen Brücke 3/7 für das Anlegen des kombinierten Fuß- und Radweges (ca. 138.000,00 €). Dazu werden Fördermittel aus dem Radwegebau in Höhe von rd. 97.000,00 € erwartet.
Würde die Stadt selbst die Parkplätze anlegen, müsste sie für die Brücke abzüglich der Förderung ca. 225.000,00 € aufwenden.
Die Finanzierung erfolgt aus der HSt. 1.630.9521.1 - Radwegebau 2003 ff.
- Da die Diemstraße nicht als Erschließung der erwähnten Parkplätze dienen kann und soll, wird eine Vereinbarung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen zur Erschließung der Parkplätze erforderlich sein. Die Kosten für die Brücke über die Alche sollen nach dem Verursacherprinzip zwischen der Stadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein aufgeteilt werden. Ein genauer Termin für die erforderliche Beratung in den Fachausschüssen kann derzeit noch nicht ge-

nannt werden. Die Parkplätze sollen bis zur Inbetriebnahme des neuen Schulgebäudes im Jahr 2004, ggf. schon früher, fertiggestellt sein. Der Bauausschuss wird sich in seiner Sitzung am 22.07.2002 mit dem Grundsatzbeschluss zum Bau der Alchebrücke befassen.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Betrieb städtischer Fahrzeuge mit Erdgas

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.07.2002

Ergänzend erläutert Herr Schneider, dass mittlerweile ausreichend Tankmöglichkeiten vorhanden sind und ggf. in Absprache mit dem Versorgungsunternehmen auch eine städtische Anlage möglich wäre. Grundsätzlich sind die Umweltaspekte sowie die Kosten im Vergleich zum Einsatz herkömmlicher Kraftstoffe positiv zu bewerten. Verwaltungsseitig sollten der Aufwand für die Umrüstung der Fahrzeuge und eine mögliche finanzielle Beteiligung der Versorger geprüft werden.

Die CDU-Fraktion unterstützt grundsätzlich den Antrag, so Herr Mues. Einzelheiten, z. B. welche Fahrzeuge in Betracht kommen, und insbesondere die Kosten-Nutzen-Analyse sollten im Umweltausschuss diskutiert werden.

Herr Walter stimmt der Aussage zu, dass sich die Verbrauchskosten wirtschaftlicher darstellen. Allerdings ist der Wiederverkaufswert erdgasbetriebener Fahrzeuge gleich Null. Dieser Faktor, sowie eine mögliche Kombination beider Betriebsstoffe sollten in die Überlegungen einfließen.

Herr Boller ist der Meinung, dass auch konkrete Maßnahmen aufgezeigt werden sollen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Möglichkeiten zu untersuchen, welche städtischen Fahrzeuge mit Erdgas betrieben werden können. Bei Neuanschaffungen sollte grundsätzlich die Alternative des Erdgasbetriebes in den Angeboten angefragt werden. Darüber hinaus ist aufzuzeigen, mit welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis der jetzige Fuhrpark auf Erdgas umgerüstet werden kann.

Das Untersuchungsergebnis ist dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtsparkasse Kreuztal

Vorlagenr. 2001/2002 - Vorlage vom 05.06.2002

Der Bericht von Herrn Prof. Dr. Holzäpfel als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Boller merkt an, dass er weitergehende inhaltliche Ausführungen, insbesondere über mögliche weitere innerkreisliche und über die Kreisgrenzen hinausgehende Aktivitäten gewünscht hätte.

Herr Dr. Holzäpfel weist darauf hin, dass die Stadtsparkasse Kreuztal ihre Überlegungen an die Sparkasse Siegen herangetragen hatte. Wenn anderenorts ähnliches angedacht sein sollte, bleiben entsprechende Initiativen dieser Institute abzuwarten. Diesbezügliche Gespräche seitens der Sparkasse Siegen sind ihm nicht bekannt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen

1. stimmt dem Beitritt der Stadt Kreuztal zum Sparkassen-Zweckverband der Städte Siegen und Nephth und der Gemeinde Wilnsdorf zu;
2. stimmt den Änderungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 25.05.1999 zu;
3. stimmt den Änderungen der Satzung des Sparkassen-Zweckverbandes vom 25.05.1999 zu;
4. nimmt den Entwurf der Satzung der Sparkasse Siegen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen (GRÜNE)

6. Beschluss über die Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2000 und Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters

Vorlagenr. 2094/2002 - Vorlage vom 10.07.2002

Beschluss:

Nach Prüfung der Jahresrechnung unter Berücksichtigung der gegebenen Aufklärungen und Begründungen zu den im allgemeinen Berichtsband dargestellten Prüfungshinweisen durch den Rechnungsprüfungsausschuss beschließt der Rat der Stadt Siegen:

a) die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2000 mit folgenden Ergebnissen:

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	343.817.320,23 DM
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	61.875.294,35 DM
Summe Soll-Einnahmen	405.692.614,58 DM
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	1.680.152,77 DM
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	4.760.530,42 DM
+ Neue Haushaltseinnahmereste	9.407.428,26 DM
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	<u>408.659.359,65 DM</u>
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	388.167.362,95 DM
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	54.778.504,82 DM
(darin enthalten Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO = 58.694,50 DM)	
Summe Soll-Ausgaben	442.945.867,77 DM
+ Neue Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	496.000,00 DM
Vermögenshaushalt	15.741.477,02 DM
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	155.488,79 DM
Vermögenshaushalt	4.014.328,91 DM
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 DM
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	<u>455.013.527,09 DM</u>
Abschluss	
Bereinigte Soll-Einnahmen	408.659.359,65 DM
Bereinigte Soll-Ausgaben	455.013.527,09 DM
Unterschied Soll-Einnahmen/Ausgaben (Fehlbetrag)	<u>- 46.354.167,44 DM</u>

b) dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**7. Stellenplan 2002;
Umwandlung von 4 Stellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes**

Vorlagennr. 2011/2002 - Vorlage vom 12.06.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst eine Stelle von Besoldungsgruppe A 8 nach Besoldungsgruppe A 9 mD und drei Stellen von Besoldungsgruppe A 7 nach Besoldungsgruppe A 8 umzuwandeln.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Vorlagennr. 2055/2002 - Vorlage vom 26.06.2002

Frau Höpfner-Diezemann führt aus, dass die Berichterstattung in den Medien bedauerlicher Weise einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Thematik nicht dienlich war.

Die CDU-Fraktion hat lediglich ihre Überlegungen zu dem Verwaltungsvorschlag, der sich auf das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium bezog, abgeschlossen.

Ungeachtet dessen wird die Auffassung vertreten, dass in Sonderschulen eine gezieltere und umfassendere Förderung entsprechend den individuellen Bedürfnissen möglich ist. Auch das notwendige Netzwerk im Hinblick auf einen Übergang in das Arbeitsleben ist dort vorhanden. Es muss die Frage erlaubt sein, ob diese Aufgaben auch in einer sonderpädagogischen Fördergruppe hinreichend erfüllt werden können. Auf der anderen Seite ist bei Abwägung zu bedenken, dass die Einrichtung einer solchen Gruppe vom Gesetzgeber als integrative Maßnahme vorgesehen ist und im konkreten Fall die Kinder bereits eine gemeinsame Grundschulzeit verbracht haben. Da sich insbesondere die Eltern für die weitere Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe einsetzen wird die CDU-Fraktion diesem Rechnung tragen, zumal mit dem neuen Vorschlag auch die Rahmenbedingungen gegeben sind. Bedauerlich ist allerdings, dass die finanziellen Mittel nicht zusätzlich bereitgestellt werden können.

Abschließend hält Frau Höpfner-Diezemann fest, dass der vom Ausschuss für Schul- und Bildungswesen gebildete Arbeitskreis "Integrative Beschulung" die Thematik begleiten wird.

Die SPD-Fraktion befürwortet nach wie vor die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe und wird daher dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. so Frau Flohren. Unter organisatorischen und finanziellen Gesichtspunkten wäre jedoch dem Standort Peter-Paul-Rubens-Gymnasium der Vorzug zu geben, zumal an der Haardter-Berg-Schule bereits seit langem eine beträchtliche Integrationsarbeit geleistet

wird. Insofern wäre ein Zeichen der Solidarität durch eine andere Schule anerkennenswert gewesen.

Herr Groß betont, dass vornehmlich durch das große Engagement der Eltern, neben den Bemühungen der Politik, eine einvernehmliche Lösung erreicht werden konnte.

Herr Walter hält fest, dass die Stadt Siegen hinsichtlich des Standortes und der räumlichen Voraussetzungen zuständig war. Insofern ist die öffentliche Diskussion über die Grundsatzfrage nicht nachvollziehbar. Er begrüßt ausdrücklich die Bereitschaft der Haardter-Berg-Schule, eine integrative Gruppe einzurichten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Haardter-Berg-Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

9. Haushalt 2002

hier:

- a) **Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002**
- b) **Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO**

Vorlagennr. 2048/2002 - Vorlage vom 18.06.2002

dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 15.07.2002

Herr Mues erläutert, dass die CDU-Fraktion nach der grundsätzlichen Zustimmung im Haupt- und Finanzausschuss, auch auf Grund verschiedenster Hinweise, die einzelnen Positionen der Liste "Freiwillige Leistungen" betrachtet hat. Da die Einsparsummen im Vergleich zu der Höhe der gesamten Sperre und die Zuschüsse für die einzelnen Vereine im Verhältnis zu den Gesamtsummen niedrig sind, sollten diese Positionen von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre ausgenommen werden. Auch vor dem Hintergrund, das ehrenamtliche Engagement in der Gesellschaft zu stärken, ist dieser Vorschlag gerechtfertigt.

Herr Kirchhöfer zeigt sich erfreut, dass seine Bitte, die Kürzung der freiwilligen Leistungen noch einmal zu überdenken, auf eine positive Resonanz gestoßen ist.

Herr Groß merkt an, dass mit den freiwilligen Zuschüssen verhältnismäßig kleine Beträge gezahlt werden, die für die Vereine jedoch von großer Bedeutung sind. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt zusätzlich, auch die Mittel für Bauunterhaltungsmaßnahmen aus der Teilsperre herauszunehmen. Trotz aller Bemühungen, den Unterhaltungsstau abzubauen, ist kein wesentlicher Fortschritt festzustellen. Eine Mittelkürzung ist daher in ihrer Wirkung kontraproduktiv und unwirt-

schaftlich, da sowohl die Kosten als auch der Umfang der Instandsetzungsmaßnahmen weiter steigen werden.

Herr Bertelmann schließt sich dem Vorschlag von Herrn Groß an und teilt die Auffassung, dass insbesondere im Bereich der Bauunterhaltung zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen. Im Übrigen wirbt er dafür, der Verfügung des Kämmers nicht zu widersprechen, da nicht nur die Vereine, sondern auch alle Verwaltungsbereiche von den Konsolidierungsvorgaben betroffen sind.

Beschluss:**1. a) über den Antrag der CDU-Fraktion:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die in der "Zusammenstellung freiwilliger Zuschüsse" (Anlage zur Vorlage) aufgelistete 10 %ige Teilsperre in Höhe von 83.930,00 € aufzuheben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen - UWG), 2 Enthaltungen

b) über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die 10 %ige Teilsperre für die Bauunterhaltungsmittel aufzuheben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür - Grüne, UWG), 1 Enthaltung

2. Der Rat der Stadt Siegen nimmt im Übrigen

a) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO und

b) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie den in der Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung

Kenntnis.

10. Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss

Vorlagennr. 1963/2002 - Vorlage vom 27.05.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. Ausschussneubesetzungen**11.1. Ausschussneubesetzung
hier: Vergabeausschuss und Jugendhilfeausschuss**

Vorlagennr. 2067/2002 - Vorlage vom 25.06.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

1. in den Vergabeausschuss Herrn Harald Hahn (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
2. in den Jugendhilfeausschuss Herrn Christian Sondermann (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**11.2. Ausschussneubesetzung
hier: Bauausschuss und Feuerschutzausschuss**

Vorlagennr. 2114/2002 - Vorlage vom 12.07.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Bauausschuss Herrn Ansgar Cziba (s. B.) als ordentliches Mitglied
2. in den Feuerschutzausschuss Herrn Axel Boldt (s. B.) als ordentliches Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 11.3. a) Ausschussumbesetzungen**
b) Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen
gem. § 113 GO NW

Vorlagenr. 2117/2002 - Vorlage vom 15.07.2002

Beschluss:

a) Ausschussumbesetzungen

Der Rat der Stadt Siegen wählt

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als ordentliches Mitglied in den

- Jugendhilfeausschuss,
- Ausschuss für Schul- und Bildungswesen und
- Werksausschuss,

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen,
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften und
- Rechnungsprüfungsausschuss

Herrn Wilhelm Kamieth (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den

- Wahlprüfungsausschuss

b) Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen

Der Rat der Stadt Siegen benennt als Vertreter der Stadt Siegen

in der Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied

in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes "Klärwerk Hüttental-Netphen

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied

in den Hausvorstand des Kreisjugendheims

Herrn Horst Wunderlich (Stv) als ordentliches Mitglied

in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes "Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd - KDZ"

Herrn Wilhelm Rothenpieler (Stv) als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11.4. Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen gem. § 113 GO NW

hier: Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

Vorlagenr. 2118/2002 - Vorlage vom 15.05.2002

Herr Kirchhöfer erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den Vorschlag ablehnen wird. Bei der erstmaligen Besetzung des Gremiums hätte der SPD-Fraktion dieser Sitz zugestanden. Die Bildung der Zählgemeinschaft erfolgte ohne die eigentlich übliche kollegiale Verständigung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen schlägt Herrn Hans-Günter Bertelmann als Vertreter der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH vor.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (11 Stimmen dagegen), 2 Enthaltungen

11.5. Ausschussneubesetzung - Jugendhilfeausschuss

Vorlagenr. 2119/2002 - Vorlage vom 16.07.2002 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Frau Dr. Helgard Hundhausen (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Anlage zu TOP 5 öffentlicher Teil

Einleitende Ausführungen von **Herrn Prof. Dr. Holzäpfel** (Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen)

Vertreter der Stadtsparkasse Kreuztal sind Ende des vergangenen Jahres an die Sparkasse Siegen mit der Bitte herangetreten, zu prüfen, ob gegebenenfalls die Möglichkeit eines Zusammenschlusses beider Sparkassen besteht. Ausgelöst wurden die Überlegungen dadurch, dass der derzeitige Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse Kreuztal zum 31.08.2003 aus seinem Amt ausscheiden und in den Ruhestand treten wird.

Die Sparkasse Siegen hat daraufhin - nachdem Sondierungsgespräche zwischen den Vorsitzenden der Verwaltungsräte beider Sparkassen - Herrn Jürgen Althaus und mir - geführt worden sind und Informationsgespräche zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen stattgefunden haben - signalisiert, dass sie dem Ansinnen der Stadtsparkasse Kreuztal aufgeschlossen gegenübersteht.

Zwischenzeitlich haben die Anhörungen der Verwaltungsräte der Sparkasse Siegen und der Stadtsparkasse Kreuztal stattgefunden (§ 14 Abs. 4 Buchst. b) SpkG NW)

So hat der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Kreuztal in seiner Sitzung am 24.04.2002 dem Rat der Stadt Kreuztal empfohlen, eine Aufnahme der Stadtsparkasse Kreuztal durch die Sparkasse Siegen mit Wirkung ab 01.09.2003 zu beschließen. Dabei soll von der Stadt Kreuztal sowie den Städten Siegen und Netphen sowie der Gemeinde Wilnsdorf zu beschließende öffentlich-rechtliche Vertrag auf der Grundlage des bestehenden öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf abgeschlossen werden.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Siegen hat in seiner Sitzung am 14.05.2002 ebenfalls dem geplanten Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtsparkasse Kreuztal im Wege der Aufnahme der Stadtsparkasse Kreuztal befürwortet. Er empfiehlt der Zweckverbandsversammlung, in ihrer Sitzung am 05.07.2002 für die Vereinigung der beiden Sparkassen im Wege der Aufnahme der Stadtsparkasse Kreuztal durch die Sparkasse Siegen zu votieren und eine Entscheidung über den Beitritt der Stadt Kreuztal zum bestehenden Sparkassenzweckverband der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf zu treffen. Weiter hat der Verwaltungsrat empfohlen, die erforderlichen Änderungen der bestehenden Satzung des Sparkassenzweckverbandes zu beschließen und einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen den Städten Siegen, Kreuztal und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf auf der Basis des bestehenden öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf abzuschließen.

Zwischenzeitlich sind die Entwürfe der zu ändernden Satzung des Sparkassenzweckverbandes, des öffentlich-rechtlichen Vertrages und der Satzung der Sparkasse Siegen (deren Änderungen erst zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden) erarbeitet worden. Sie sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt. Die vor-

liegenden Textfassungen wurden dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 18.06.2002 vorgelegt. Dieser hat die Entwürfe für die neuen Fassungen der Satzung des Sparkassenzweckverbandes und des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Kenntnis genommen. Er empfiehlt der Zweckverbandsversammlung, entsprechend zu beschließen.

Auch der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Kreuztal hat die ihm vorgelegten gleichlautenden Textfassungen (Zweckverbandssatzung und öffentlich-rechtlicher Vertrag) in seiner Sitzung am 26.06.2002 zur Kenntnis genommen und dem Rat der Stadt Kreuztal zur Beschlussfassung am 04.07.2002 empfohlen.

Der Rat der Stadt Kreuztal hat in seiner Sitzung am 04.07.2002 die für einen Zusammenschluss der Stadtparkasse Kreuztal und der Sparkasse Siegen notwendigen Beschlüsse

- Beitritt zum Sparkassenzweckverband Siegen, Netphen, Wilnsdorf und Übertragung der Gewährträgerschaft für die Stadtparkasse Kreuztal auf den Sparkassenzweckverband,
- Vereinigung der beiden Sparkassen im Wege der Aufnahme der Stadtparkasse Kreuztal durch die Sparkasse Siegen und
- Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten Siegen, Kreuztal, Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf

gefasst. Auch die Zweckverbandsversammlung am 05.07.2002 die für einen Zusammenschluss der beiden Sparkassen notwendigen Beschlüsse

- Vereinigung der beiden Sparkassen zum 01.09.2003
- Beitritt der Stadt Kreuztal zum Zweckverband
- Änderung der Satzung des Zweckverbandes
- Neufassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages

gefasst.

Gleiches gilt für die Räte der Stadt Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf am 11.07.2002.

Bei einer Fusion ergeben sich für die Sparkasse Siegen folgende wesentliche Chancen:

- Das Geschäftsgebiet wird um ein interessantes und potentialhaltiges Gebiet erweitert.
- Die Sparkasse Siegen erhält frühzeitig die Möglichkeit, geschäftspolitisch gestaltend im Raum Kreuztal tätig zu werden. Durch längeres Abwarten könnten im Laufe der Zeit Handlungszwänge entstehen.

- Die Leistungsfähigkeit eines größeren (fusionierten) Hauses wird gesteigert. Mit einem Geschäftsvolumen von 2,6 Mrd. Euro wird die gesamte Region wirtschaftlich positiv beeinflusst. Dies wird zum Wohle der Kunden und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des vereinigten Hauses beitragen.
- Die derzeitigen Rahmenbedingungen sind günstig. In Kreuztal erfolgt ein Generationswechsel im Vorstand.
- Die personelle Besetzung im Vorstand der Sparkasse Siegen bleibt unverändert. Dies biete Gewähr dafür, dass die erfolgreiche Geschäftspolitik der Sparkasse Siegen kontinuierlich fortgesetzt wird.
- Der Name "Sparkasse Siegen" bleibt erhalten.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Recht und Versicherungen
Bearbeitet von: Frau Nölle

Datum
05.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Rat

17.07.2002

Betreff:

Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtparkasse Kreuztal

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. stimmt dem Beitritt der Stadt Kreuztal zum Sparkassen-Zweckverband der Städte Siegen und Neuphthalen und der Gemeinde Wilnsdorf zu;
2. stimmt den Änderungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 25.05.1999 zu;
3. stimmt den Änderungen der Satzung des Sparkassen-Zweckverbandes vom 25.05.1999 zu;
4. nimmt den Entwurf der Satzung der Sparkasse Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Eine Einführung erfolgt durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen, Herrn Prof. Dr. H. Holzäpfel.

Ein Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtparkasse Kreuztal soll gemäß § 32 Abs. 1 SpkG NW in der Weise stattfinden, dass die Sparkasse Siegen die Stadtparkasse Kreuztal aufnimmt. Die Aufnahme soll mit Wirkung ab 01.09.2003 vollzogen werden. Dabei soll bei der Übertragung des Vermögens der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2002 zugrunde gelegt werden.

Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Kreuztal hat am 24.04.2002, der Verwaltungsrat der Sparkasse Siegen am 14.05.2002 den geplanten Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtparkasse Kreuztal im Wege der Aufnahme der Stadtparkasse Kreuztal befürwortet.

Die Sparkassen-Zweckverbandsversammlung soll in ihrer Sitzung am 05.07.2002 eine Entscheidung über den Beitritt der Stadt Kreuztal zum bestehenden Sparkassen-Zweckverband der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf treffen (vgl. § 1 Abs. 4 Satzung des ZV) und für die Vereinigung der beiden Sparkassen im Wege der Aufnahme der Stadtparkasse Kreuztal durch die Sparkasse Siegen votieren (vgl. § 32 Abs. 1 Ziff. 2 SpkG NW). Der Rat der Stadt Kreuztal wird sich in seiner Sitzung am 04.07.2002 mit dem Thema befassen; die Vertretungen der Stadt Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf werden sich in ihren Sitzungen am 11.07.2002 mit dem Sachverhalt beschäftigen.

Als Anlagen beigefügt sind die Entwürfe des öffentlich-rechtlichen Vertrages und der künftigen Satzungen des Sparkassen-Zweckverbandes und der Sparkasse Siegen.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass die Anzahl der Sitze im künftigen Verwaltungsrat um zwei sachkundige Mitglieder und eine Dienstkraft (Drittelparität) für die laufende und die nächste Wahlperiode aufgestockt werden soll. Auch die Anzahl der Mitglieder des Kreditausschusses soll für die laufende und die nächste Wahlperiode um einen Sitz erhöht werden. Dies stellte eine vom Sparkassengesetz NW abweichende Zusammensetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses dar. Diese Sonderregelungen über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses für die laufende und die nächste Wahlperiode bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (§ 53 Sparkassengesetz NW). Es ist davon auszugehen, dass diese erteilt wird. Eine diesbezügliche Voranfrage an das Finanzministerium ist auf dem Weg. Unberührt bleiben die Vorschriften in § 4 Abs. 4 und § 5 Abs. 1 Buchst. e) des öffentlich-rechtlichen Vertrages und § 4 Abs. 2 sowie § 5 Abs. 2 der Satzung der Sparkasse Siegen, die das Teilnahmerecht der Bürgermeister der Verbandsmitglieder an Sitzungen des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses regeln. Unberührt bleiben auch die bisherigen Sitzverteilungen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Datum
10.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

Beschluss über die Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2000 und Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters

Beschlussvorschlag:

Nach Prüfung der Jahresrechnung unter Berücksichtigung der gegebenen Aufklärungen und Begründungen zu den im allgemeinen Berichtsband dargestellten Prüfungshinweisen empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss dem Rat der Stadt Siegen:

- a) die Beschlussfassung über die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2000 mit folgenden Ergebnissen:

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	343.817.320,23 DM
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	61.875.294,35 DM

Summe Soll-Einnahmen	405.692.614,58 DM
----------------------	--------------------------

./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	1.680.152,77 DM
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	4.760.530,42 DM
+ Neue Haushaltseinnahmereste	9.407.428,26 DM

Summe bereinigte Soll-Einnahmen	<u>408.659.359,65 DM</u>
---------------------------------	---------------------------------

Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	388.167.362,95 DM
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	54.778.504,82 DM
(darin enthalten Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO =	58.694,50 DM)

Summe Soll-Ausgaben	442.945.867,77 DM
---------------------	--------------------------

+ Neue Haushaltsausgabereste

Verwaltungshaushalt	496.000,00 DM
Vermögenshaushalt	15.741.477,02 DM
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	155.488,79 DM
Vermögenshaushalt	4.014.328,91 DM
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 DM
 Summe bereinigte Soll-Ausgaben	 <u>455.013.527,09 DM</u>
 Abschluss	
Bereinigte Soll-Einnahmen	408.659.359,65 DM
Bereinigte Soll-Ausgaben	455.013.527,09 DM
 Unterschied Soll-Einnahmen/Ausgaben (Fehlbetrag)	 <u>- 46.354.167,44 DM</u>

b) dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 101 Abs. 1 GO NW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

In die Prüfung der Rechnung sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfearbeiten auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Schlussbericht zusammenzufassen und in einen allgemeinen und einen gesonderten Berichtsband zu gliedern.

Die Einwohner oder Abgabepflichtigen sind zur Einsichtnahme in den allgemeinen Berichtsband berechtigt. Auf diese Möglichkeit ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Angelegenheiten, die der vertraulichen Behandlung bedürfen, sind in dem gesonderten Berichtsband darzustellen. Welche Berichtsteile vertraulich zu behandeln sind, entscheidet der Rechnungsprüfungsausschuss.

Ein gesonderter Berichtsband wurde vom Rechnungsprüfungsamt nicht erstellt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bedient sich gemäß § 101 Abs. 6 GO NW zur Durchführung der Arbeiten des Rechnungsprüfungsamtes. Das Rechnungsprüfungsamt hat die ihm nach § 103 Abs. 1 GO NW gesetzlich übertragenen Aufgaben wahrgenommen und die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2000 geprüft. Das Ergebnis der Prüfung ist in einem allgemeinen Berichtsband zusammengefasst, der zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegen hat. Der Bürgermeister hat die nach § 101 Abs. 2 GO NW erforderlichen Aufklärungen beigebracht.

In seiner Sitzung am 09.07.2002 hat der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2000 vom 04.03.2002 beraten. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat beschlossen, diesen Bericht als seinen Bericht nach § 101 Abs. 3 GO NW gegenüber dem Rat der Stadt Siegen zu erstatten.

Der Schlussbericht sowie die Vorlage des Rechnungsprüfungsamtes Nr. 1994/02 vom 03.06.2002 mit der Stellungnahme des Bürgermeisters vom 02.05.2002 sind beigelegt.

Wilhelm Lauble
Vorsitzender des
Rechnungsprüfungsausschusses

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich I
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Herrn Claudi

Datum
12.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

1.

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Rat	17.07.2002

Betreff:

Stellenplan 2002;

Umwandlung von 4 Stellen des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst eine Stelle von Besoldungsgruppe A 8 nach Besoldungsgruppe A 9 mD und drei Stellen von Besoldungsgruppe A 7 nach Besoldungsgruppe A 8 umzuwandeln.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Schreiben des I. Beigeordneten vom 10.10.2001 an den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein wurde die Zulassung einer flexibleren Regelung der Stellenobergrenzen für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst beantragt. Hintergrund hierfür war, dass nach der Stellenobergrenzenverordnung Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst für mehrere Jahre nicht bestehen und auch die versuchsweise zulässige Einbeziehung der Angestelltenstellen in die Stellenkegelberechnung keine zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten eröffnet hat.

Da das Land von seiner Regelungskompetenz, kraft Rechtsverordnung Sonderregelungen für Gemeinden mit weniger als 150.000 Einwohnern zu erlassen, bisher keinen Gebrauch gemacht hat, wurde seitens der Verwaltung beantragt, die Sonderregelungen für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern anwenden zu dürfen, bis das Land von seiner Regelungskompetenz Gebrauch macht.

Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Schreiben vom 26.03.2002 dem Antrag entsprochen und ausnahmsweise ausschließlich für den mittleren Dienst die für Städte unterhalb von 100.000 Einwohnern günstigeren Stellenanteile nach den §§ 6 und 7 Stellenobergrenzenverordnung (StOV) zugelassen.

Bei Anwendung der Sonderregelungen nach § 6 und § 7 StOV ergeben sich derzeit im mittleren nichttechnischen Dienst eine Beförderungsmöglichkeit nach BesGr. A 9 und drei Beförderungsmöglichkeiten nach BesGr. A 8.

Das Anhörungsverfahren gemäß § 75 LPVG NW wurde am 05.06.2002 durchgeführt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle SN A Persönliche Ausgaben
-----------------------------------	---------------------------------------------------	-------------------------------	---------------------------------------------	----------------------------------------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum
26.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

10.07.2002

Rat

17.07.2002

Betreff:

Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Haardter-Berg-Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 beschlossen, von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe abzusehen (vergleiche Vorlage Nr. 1951/2002) und gleichzeitig die Verwaltung beauftragt, kurzfristig zu prüfen und auszuwerten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einrichtung einer solchen Fördergruppe an den Hauptschulen Haardter Berg und Winchenbach zum Schuljahresbeginn möglich ist. Dem Rat der Stadt Siegen sollte dieses Prüfergebnis kurzfristig vorgelegt werden.

Die Prüfung, bezogen auf beide Schulen, erfolgte vor dem Hintergrund, dass beide Schulen die Raumprogrammvorgaben (ohne sonderpädagogische Fördergruppe) erfüllen, die baulichen Voraussetzungen bezüglich der behindertengerechten Ausstattung für Rollstuhlfahrer jedoch fehlen. Bei der Winchenbachschule ist im Abgleich mit den Raumprogrammvorgaben ein Klassenraum verfügbar, während die Haardter-Berg-Schule aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen genau die Raumprogrammvorgaben ohne die Sondergruppe erfüllt.

Der Prüfauftrag bezog sich insbesondere auch auf die signalisierte grundsätzliche Bereitschaft der Haardter-Berg-Schule unter bestimmten Voraussetzungen die Ein-

richtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an ihrer Schule positiv zu begleiten.

Grundsätzliche Anmerkungen:

Beide Schulleitungen hatten im Vorfeld der Schulträgerüberlegungen auf den hohen Anteil ihrer Integrationsaufgaben im allgemeinen Schulauftrag der Hauptschulen hingewiesen und die Einbindung einer anderen Schulform in diese Aufgabe als wünschenswert angesehen.

Vorhandene Schulraumkapazitäten waren bei beiden Schulen zunächst nicht vorhanden, da jeweils 2 Klassenräume durch das Weiterbildungskolleg der Stadt Siegen (früher Abendrealschule/-Gymnasium) belegt waren. Vielmehr musste bis Mitte Mai davon ausgegangen werden, dass Raumengpässe bereits für den „regulären“ Schulbetrieb zum Schuljahresbeginn 2002/2003 entstehen würden. Dies hat sich durch die Unterbringungsmöglichkeit des Weiterbildungskollegs in das Schulgebäude „Zum Wildgehege“ (Marienschule) entspannt. Die Haardter-Berg-Schule war dadurch in die Lage versetzt, zum Schuljahresbeginn die zwei zusätzlich zu bildenden Klassen unterzubringen, die Winchenbachschule verfügt im Raumprogrammabgleich über einen zusätzlichen Raum, der für Differenzierung genutzt werden sollte (vergleiche Situation der Hauptschulen in der Vorlage 1951/2002 – Rat am 19.6.2002).

Wie in dieser Vorlage dargestellt, verfügt die Haardter-Berg-Schule somit über Räume **entsprechend** den Raumprogrammempfehlungen und die Winchenbachschule über einen Raum mehr.

Auf der Basis dieser räumlichen Gegebenheiten wurde in Ausführung des Ratsbeschlusses vom 19.06.2002 für beide Schulen unter Einbindung der Hochbauabteilung und der Bauaufsicht sowie der betroffenen Schulleitungen eine erneute Umsetzungsbewertung zur Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe vorgenommen.

Einzelbewertungen der Schulen:

Haardter-Berg-Schule

-Einbindung der schulischen Gremien:

Die Haardter-Berg-Schule hat die im Dezember 2001 durchgeführten Informations- und Diskussionsveranstaltung der Schulverwaltung zum Anlass genommen, die Thematik in der Schulkonferenz am 20.03.2002 zu behandeln.

Die Schulkonferenz der Schule hat ein *positives Votum* für die Aufnahme einer sonderpädagogischen Fördergruppe beschlossen, sofern das Anliegen an sie herangetragen wird und weitere schulische Voraussetzungen erfüllt werden.

Diese Voraussetzungen beinhalten im Schwerpunkt:

1. Besetzung der vakanten Lehrerstellen durch die Schulaufsicht
2. Deutliche Unterstützungszusage der Schulaufsicht im Rahmen der Maßnahme
3. Sicherstellung der baulichen und sachlichen Voraussetzungen durch den Schulträger

Zu 1.) Nach Mitteilung der Schulleiterin der Schule zeichnet sich derzeit ab, dass eine Besetzung der drei offenen Stellen erfolgen wird. Vorbehaltlich der noch nicht endgültigen Entscheidung der Bezirksregierung würde sie diesen Punkt als erfüllt betrachten wollen.

Zu 2.) Die gewünschte Unterstützung ist der Schulleitung durch das Schulamt (Kreis Siegen-Wittgenstein) zugesagt worden.

Zu 3.) Die Schulleitung erwartet die kurzfristige Umsetzung der baulichen Erfordernisse. Hierzu gehört neben der Herrichtung einer behinderten-/rollstuhlgerechten Toilette auch eine behinderten-/rollstuhlgerechten Zugangsmöglichkeit in das Obergeschoss, da hier ein Teil der Fachräume einschließlich des PC-Raumes untergebracht sind.

Gleichzeitig hat die Schulleitung sich bereit erklärt, den ebenfalls erforderlichen Raum für die sonderpädagogische Fördergruppe schulintern zulasten der Verwaltungsräumlichkeiten (Lehr- und Lernmittel) zu organisieren, um zusätzlichen Finanzaufwand für eine Abtrennung innerhalb des Gebäudes zu vermeiden.

Wenngleich die Schulleitung diese integrative Gesellschaftsaufgabe aufgrund der vielfältigen Integrationsaufgaben der Hauptschulen lieber an einer anderen Schulform angesiedelt gesehen hätte, verdeutlicht diese Entscheidung eine positive Wertung aufgrund der gemachten Erfahrungen in Kreuztal und dem allgemeinen Anliegen der integrativen Aufgaben der Schule in einer Vorrangigkeit noch vor den eigenen schulinternen Bedürfnissen.

Durch diese freiwillige Einschränkung in den Räumlichkeiten beschränken sich die baulichen Erfordernisse an dieser Schule auf die Herrichtung einer Behindertentoilette sowie die Schaffung einer Zugangsmöglichkeit zum Obergeschoss.

Die Herrichtung einer behindertengerechten Toilette ist innerhalb der vorhandenen Toilettenanlagen ebenerdig und direkt vom Schulhof erreichbar mit vergleichsweise geringem baulichen Aufwand umsetzbar. Zwar werden hierfür rund 8.000 € im Rahmen der allgemeinen Bauunterhaltung einzusetzen sein, der Schwerpunkt der Investitionen bezieht sich jedoch auf eine vorzuziehende erforderliche Veränderung der mittlerweile nicht mehr zulässigen Schwingtürenanlage.

Mit der Schaffung eines Zugangs zum Obergeschoss wäre eine Verfügbarkeit aller Fachräumlichkeiten sicher gestellt. Zur Turnhalle bestehen keine Hindernisse durch Treppenanlagen.

Für die Schaffung einer Zugangsmöglichkeit bieten sich zwei bauliche Alternativen an.

Alternative 1: Rampe und Treppenlift im Außenbereich:

Kosten: **ca. 25.000,-- Euro.**

Mit dieser baulichen Veränderung würde ein kurzes Stück außerhalb des Schulgebäudes vom unteren Flur über eine zu schaffende Rampe auf eine entsprechend breite Außentreppe führen, die über einen Treppenlift in das Obergeschoss führen würde.

Alternative 2: Lift/Fahrstuhl im Bereich der Schulaula

Kosten: **ca. 50.000,-- Euro**

Grundsätzlich ist der Einbau eines Liftes/Fahrstuhles in das Schulgebäude möglich. Dieser Einbau wäre aufgrund der vorhandenen Bausubstanz jedoch verhältnismäßig aufwendig und entsprechend kostenintensiv. Die vorhandene massive Betonbrüstung müsste u.a. teilweise geöffnet werden.

Der Einbau einer Treppenliftanlage innerhalb des Gebäudes ist

aufgrund der geringen Treppenbreite von ca. 1,50 m nicht zulässig.

Fazit bauliche Bewertung der Haardter-Berg-Schule:

Mit dem o.g. baulichen Aufwand ist eine Nutzungsmöglichkeit aller Fachräume erreichbar. Wenngleich witterungsbedingt im Einzelfall keine optimale Lösung erreicht wird, scheint mit der Maßnahme Rampe und Treppenlift ein von allen Seiten vertretbarer Kompromiss möglich.

Fazit Stellungnahme der Schulkonferenz:

Die Schulkonferenz der Haardter-Berg-Schule hat sich in ihrer Sitzung am 20.03.2002 unter den aufgezeigten Bedingungen mehrheitlich zugunsten einer Aufnahme einer sonderpädagogischen Fördergruppe ausgesprochen, sofern sich keine Schule einer anderen Schulform hierzu bereit erklärt, bzw. in der Lage ist.

Die Schule beschäftigt sich schon länger mit dieser Form der integrativen Beschulung und hat einen engeren Austausch mit der Deichwaldschule in Kreuztal.

Die Bereitschaft, eigene schulische Bedürfnisse zugunsten der sonderpädagogischen Fördergruppe zurück zu stellen kann ebenso als Indiz für eine bestmögliche Integrationsbereitschaft gewertet werden, wie die Tatsache, dass bei der anstehenden Stellenbesetzung die evtl. Anbindung der Gruppe in der Eignung der Bewerber bereits eine Rolle spielte.

Gleichzeitig hat die Schule bereits sehr konkrete Vorstellungen zur Einbindung der Kinder und der Erziehungsberechtigten entwickelt und betrachtet die Fördergruppe auch als Chance für ihr Schulleben und ihr Schulprofil.

<u>Winchenbachschule:</u>

-Einbindung der schulischen Gremien:

Die Winchenbachschule hat die im Dezember 2001 durchgeführten Informations- und Diskussionsveranstaltung der Schulverwaltung nicht zum Anlass nehmen können, die Thematik in einer Schulkonferenz zu beraten.

Die Schule war durch ein Mitglied der Lehrerkonferenz in der Informationsveranstaltung vertreten, eine weitere Beratung in den schulischen Gremien konnte aufgrund der personellen Situation der Schulleitung jedoch nicht erfolgen.

Der Schulleiter ist seit den Weihnachtsferien nach einen Unfall arbeitsunfähig und wird frühestens zum Schuljahresbeginn 2002/2003 wieder dienstfähig, die Stelle des Stellvertreters ist ebenso frühestens zum neuen Schuljahr besetzt.

Daher mussten alle Schulleitungsaufgaben im Rahmen einer kommissarischen Krankheitsvertretung (ohne das vergleichbare Stundenbudget einer Schulleitung) durch einen kommissarisch beauftragten Lehrer im Rahmen des Möglichen abgearbeitet werden.

Diese besondere Situation und die Notwendigkeit der behindertengerechten Umbauten haben zu einem Verzicht auf eine Weiterverfolgung der Anbindungsmöglichkeit der sonderpädagogischen Fördergruppe an diese Schule geführt, obwohl diese Schule neben dem Peter-Paul-Rubens-Gymnasium die einzige Sekundarstufenschule ist, die über einen Raum mehr verfügt, als die Raumprogrammempfehlungen es vorsehen. Dieser fiktive Raumüberhang besteht hier allerdings auch erst kurzzeitig, seit das Weiterbildungskolleg die aufgezeigte Ausweichmöglichkeit hat (ansonsten 1 Fehlraum).

Auch bei der Winchenbachschule ist die rollstuhlgerechte Erschließung der Fachräume und der Turnhalle problematisch.

Da aufgrund der aufgezeigten Rahmenbedingungen eine Beschäftigung der Schulkonferenz mit dem Thema der sonderpädagogischen Fördergruppe nicht möglich war, wurde kurzfristig im Rahmen einer Lehrerkonferenz unter Einbeziehung des Abteilungsleiters der Schulverwaltungsabteilung am 24.06.2002 ein Meinungsbild der Lehrerkonferenz eingeholt. Im Gefolge einer ausführlichen Information und Beratung wurde dem Leiter der Abteilung Schulverwaltung telefonisch durch den kommissarischen Vertreter des Schulleiters mitgeteilt, dass

- die Lehrerkonferenz mehrheitlich im Grundsatz eine Anbindung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an die Winchenbachschule zustimmen und diese Maßnahme positiv begleiten würde,
- die Lehrerkonferenz jedoch gleichzeitig darum bittet, aufgrund der besonderen Personalsituation in der Schulleitung diese Option nur dann zu ziehen, wenn andere Alternativen nicht bestehen.

Auch bei der Winchenbachschule war in der vorhergehenden Diskussion deutlich erkennbar, dass die allgemeinen Ausführungen zur Einbindung in eine Hauptschule, aber auch die Bewertung von Chancen und Risiken für beide Seiten vergleichbar der Haardter-Berg-Schule gewertet wurden.

Auch hier wurde die Bereitschaft der Schule von der Unterstützung sowohl der Schulaufsicht als auch von dem Schulträger abhängig gemacht.

- bauliche Bewertung:

Die Winchenbachschule ist bei einer rollstuhlgerechten Herrichtung aufzuteilen in den Alt- und den Neubau, sowie die Erschließung der Turnhalle.

Eine rollstuhlgerechte Erschließung des Altbaus ist nicht möglich. Der Altbau ist sowohl von der Erreichbarkeit über Außentreppe als auch innerhalb des Gebäudes über Halbgasse bez. enge Treppenhäuser nicht rollstuhlgerecht erschließbar. In diesem Bauabschnitt sind als Fachräume der PC-Raum und der Handarbeits-/Textilraum untergebracht.

Eine Erschließung der übrigen Fachräume im Untergeschoss des „Neubaus“ innerhalb des Gebäudes ist ebenfalls aufgrund der engen Treppenhäuser nicht möglich. Eine Nutzung der verbleibenden Fachräume (also ohne PC und Textil) ist jedoch ohne bauliche Investitionen möglich, wenn aus dem Erdgeschoss „Neubau“, wo der Raum der Patenklasse und der Sonderpädagogischen Gruppe anzusiedeln wäre, über den Schulhof Richtung Parkplatz der untere Eingang seitlich genutzt wird (Notausgang). Hierbei ist aufgrund des Gefälles zwar Hilfestellung erforderlich, ein zentraler Zugang für die verbleibenden Fachräume wäre jedoch ebenso gewährleistet, wie auf dieser Ebene eine Behindertentoilette mit geringem Aufwand herrichtbar ist. Probleme je nach Witterung wären hier aufgrund der längeren Wegestrecke und des Gefälles vom Schulhof zum Parkplatz zwar ebenfalls nicht zu umgehen, könnten jedoch bewältigt werden.

Eine Erreichbarkeit der Turnhalle im Altbau ist rollstuhlgerecht innerhalb des Gebäudes nicht zu realisieren. Hier könnte jedoch durch bauliche Herrichtung eines

neuen Erschließungsweges zum Außeneingang neben der vorhandenen Treppenanlage eine Lösung geschaffen werden, die zwar ebenfalls wieder um die Gebäudeteile herumführt, jedoch dann auf der Ebene der Turnhalle mündet. Als Umkleidemöglichkeit müsste ggf. auf das Sanitätszimmer zurückgegriffen werden.

Kosten der Baumaßnahmen:**ca. 20.000,-- Euro****Fazit bauliche Bewertung der Winchenbachschule**

Mit vergleichbar geringerem baulichen Aufwand ist eine Nutzungsmöglichkeit einer Vielzahl der Fachräume und der Turnhalle erreichbar. Eine Erschließung der Räume für Textilarbeiten und PC ist jedoch nicht möglich.

Fazit Stellungnahme der Lehrerkonferenz:

Die Lehrerkonferenz der Winchenbachschule hat sich in ihrer Sitzung am 24.06.2002 unter den aufgezeigten Bedingungen mehrheitlich zugunsten einer Aufnahme einer sonderpädagogischen Fördergruppe ausgesprochen, sofern sich keine andere Schule hierzu bereit erklärt, bzw. in der Lage ist.

Der Wunsch der Lehrerkonferenz, auf die besondere Situation in der Schulleitung weitestgehend Rücksicht zu nehmen, ist schulfachlich nachvollziehbar und sollte in der Entscheidungsfindung eine wichtige Rolle spielen. Einerseits verbietet sich im Vergleich zum Peter-Paul-Rubens-Gymnasium eine Außerachtlassung dieser Bitte, andererseits sollte positiv bewertet werden, dass die Schule generell bereit ist, sich dieser Aufgabe zu stellen und dies bei evtl. zukünftigen Bedarfen berücksichtigt werden.

Abwägung zwischen beiden Schulen:

Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in der Auseinandersetzung mit der Thematik und mit Blick auf die besondere Situation der Schulleitung der Winchenbachschule ist davon auszugehen, dass eine sonderpädagogische Fördergruppe derzeit wesentlich bessere Startbedingungen bei einer Anbindung an der Haardter-Berg-Schule haben würde. Im Kontext mit dem ausdrücklichen Wunsch in der Beratung des Rates am 19.06.2002 auf ein möglichst positives Integrationsumfeld im Schulleben kann aufgrund der geschilderten Sachverhalte die inhaltliche Empfehlung nur zugunsten der Anbindung an die Haardter-Berg-Schule ausfallen. Die finanziellen Rahmenbedingungen können daher nur eine nachrangige Entscheidungsgrundlage bilden.

Finanzierung:

Bei der Haushaltsstelle 1.215.9401.3 – Umbau, Erweiterungen- sind im Haushaltsjahr 2002 8.000,-- Euro veranschlagt. Unter Berücksichtigung der Haushaltssperren und der bereits in der Vorbereitung befindlichen Maßnahmen können im Rahmen der Sollübertragung aus der Haushaltsstelle 1.215.9500.1 –Ausbau von Schulhöfen- insgesamt 12.500,-- Euro innerhalb des Vermögenshaushaltes in dieser Schulform verfügbar gemacht werden.

Somit wäre ein Betrag in Höhe von 12.500,-- Euro überplanmäßig bereit zu stellen, die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Umschichtungen innerhalb des Deckungsbereiches der Schulverwaltung.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
siehe Vorlage	3.000,00		nein	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 ff	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit siehe Vorlage	Haushaltsstelle 1.215.9401.3
------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------	-------------------------------	---------------------------------------------------	---------------------------------

I.V.

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Heiko Erner und Manfred Reisch

Datum
18. Juni 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Rat

17.07.2002

Betreff:

Haushalt 2002

**hier: a) Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungs-
konzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002**

b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- a) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie der in dieser Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung und
- b) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

a) Genehmigung des HSK's 1994 für das Haushaltsjahr 2002

Mit Verfügung vom 22. Mai 2002, die als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt ist, hat der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 "**trotz weiterhin erheblicher Bedenken**" genehmigt.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Landrates zur negativen Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Siegen werden von der Verwaltung geteilt. Die Gründe, die

zu dieser schon als dramatisch zu bezeichnenden Entwicklung geführt haben, wurden in den vergangenen Haushaltsplanberatungen und auch bei anderen Anlässen wiederholt dargestellt und erörtert.

Dies vorangestellt, enthält die Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein jedoch einzelne Aussagen, die aus Sicht der Verwaltung einer besonderen Bewertung bzw. Klarstellung bedürfen.

Grundsteuer A und B

Die Hebesätze für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe / 190 v. H.) sowie die Grundsteuer B (sonstige Grundstücke / 390 v. H.) wurden vom Rat der Stadt Siegen zuletzt in der Sitzung am 28.02.2001 mit Wirkung ab 01.01.2001 um jeweils 20 Prozentpunkte angehoben.

Dass der Hebsatz der **Grundsteuer A** (190 v. H.) damit trotzdem noch unter dem Landesdurchschnitt von 217 v. H. liegt, ist richtig. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Einnahmen "Grundsteuer A" bei einem Haushaltsansatz für 2002 von 21.000 € lediglich rd. 0,01 % des Gesamteinnahmenvolumens des Verwaltungshaushalts ausmachen. Eine Anhebung auf den landesdurchschnittlichen Hebesatz würde eine voraussichtliche Mehreinnahme von rd. 3.000 € bewirken.

Der Hebesatz für die **Grundsteuer B** (390 v. H.) liegt mit "lediglich" 1,83 % über dem vom Landrat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens herangezogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz von 383 v. H..

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Innenminister des Landes NW mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 auch eine Aktualisierung des Schlüsselzuweisungssystems beabsichtigt. Danach ist u. a. auch eine Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern vorgesehen. Für die Stadt Siegen bedeutet dies, dass z. B. der fiktive Hebesatz bei der Grundsteuer B von bisher 330 v. H. auf voraussichtlich dann 401 v. H. steigen wird. Das heißt, dass der Stadt eine höhere Steuerkraft angerechnet wird, die wiederum nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen nach sich zieht.

Zur Forderung des Landrates (Erhöhung der Hebesätze) wird, auch unter Berücksichtigung der landesseitig vorgesehenen Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern, rechtzeitig verwaltungsseitig ein Vorschlag zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

Kostendeckung in aus Gebühren bzw. Entgelten finanzierten Bereichen

Bezüglich der "als nicht in allen Fällen gegeben" kritisierten größtmöglichen Kostendeckung in Bereichen, die in der Regel ganz oder zu einem großen Anteil über Gebühren, Entgelte o. ä. zu finanzieren sind ist festzustellen, dass die in einigen Einrichtungen gestiegenen Zuschussbedarfe überwiegend durch höhere Personalausgaben aufgrund tarifvertraglicher Erhöhungen ausgelöst worden sind. Sofern bei den kostenrechnenden Einrichtungen nicht bereits eine Vollkostendeckung gegeben ist (z. B. in den Bereichen Rettungsdienst, Straßenreinigung, Abfallbeseitigung), werden

- nach Auswertung der jeweiligen jährlichen Betriebsabrechnungen - kontinuierlich Gebührenanpassungen vorgenommen.

Darüber hinaus ist die Verwaltung ständig bemüht, auch eine Verbesserung der Kostendeckungsgrade bei nicht kostenrechnenden Einrichtungen (z. B. Musikschule, VHS, Bäder) zu erreichen.

Freiwillige Leistungen

Die freiwilligen Leistungen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle der Höhe nach gleich geblieben. Ausgabeerhöhungen mussten allerdings zwangsläufig dort vorgenommen werden, wo entsprechende vertragliche Regelungen (z. B. Freiwillige Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen) bestehen oder dies aus sonstigen unabweisbaren Gründen unvermeidbar war.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass auch dieser Bereich ab sofort bei den weiterhin uneingeschränkt erforderlichen Konsolidierungsbemühungen nicht mehr tabuisiert werden darf, wenn die Erwartungen, die mit der Genehmigungsverfügung ausgesprochen wurden, erfüllt werden sollen.

Steigerungsraten bei Personal- und Sachausgaben

Die Steigerungsrate bei den **Personalausgaben** insgesamt beträgt gegenüber dem Vorjahr 1,4 % (Orientierungsdaten 1 %). Bereits im HSK (Seite 7 ff.) wurde dargelegt, dass unter Berücksichtigung der Tarif- und Besoldungserhöhungen die Orientierungsdaten nicht einzuhalten sind und der Forderung des Handlungsrahmens nach Absenkung der Personalausgaben nicht entsprochen werden kann. Gleichzeitig wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Personalkostensteigerung von 1 % (Orientierungsdaten) in den Folgejahren nur dann einzuhalten ist, wenn moderate Tarifabschlüsse erfolgen.

Was die angesprochene Steigerungsrate im sogenannten „**Sachkostenbereich**“ betrifft, so ist diese im Wesentlichen auf die Erhöhung der Deponiegebühren durch den Kreis Siegen-Wittgenstein zurückzuführen. Darüber hinaus sind anteilig Mittel der sog. "Schulpauschale" zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen eingeplant.

Netto-Neuverschuldung

Richtig ist, dass im aktuellen Investitionsprogramm 2001 – 2005 für das Haushaltsjahr 2003 eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ausgewiesen wird. Die Fortschreibung des Investitionsprogramms muss daher mit der Zielsetzung erfolgen, dass im Haushaltsjahr 2003/Folgejahre keine Netto-Neuverschuldung entsteht. Dies bedeutet eine Verschiebung und Umschichtung von Investitionen oder eine kreditunabhängige Finanzierung.

Veranschlagungen im Haushaltsplan und HSK

Wie in der Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein zutreffend dargestellt, sind einige Veranschlagungen – auch aus der Natur der Sache – mit erheblichen Unsicherheiten verbunden (Steuern, Finanzzuweisungen u. a.).

Grundlage dieser Veranschlagungen waren die zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen des Innenministeriums, Städtetages etc. zur voraussichtlichen Entwicklung.

Die Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung wird zeigen, inwieweit sich die damaligen Annahmen bestätigen bzw. ob grundlegende Änderungen vorzunehmen sind. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand bereits jetzt davon ausgegangen werden muss, dass zumindest die Schlüsselzuweisungen 2003 nicht in der erwarteten Höhe realisiert werden können.

Ziel des frühzeitigen Haushaltsausgleichs; Bildung einer allgemeinen Rücklage

Auch von Seiten der Stadt Siegen wird angestrebt, in der Mittelfristigen Finanzplanung so früh wie möglich einen originären Haushaltsausgleich sowie einen Haushaltsausgleich einschließlich der Abdeckung aller Altfehlbeträge darzustellen. Sobald dieses prioritäre Ziel der Haushaltskonsolidierung erreicht wird, ist die Ansammlung einer allgemeinen Rücklage vorzunehmen.

In Bezug auf die Haushaltslage der Stadt Siegen muss jedoch noch einmal deutlich herausgestellt werden, dass im Wesentlichen externe und damit nicht zu beeinflussende Faktoren, wie z. B. wegbrechende Steuereinnahmen oder ständig steigende gesetzlich bedingte Ausgabeverpflichtungen, ursächlich für das Nichtgelingen der Haushaltskonsolidierung innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Finanzplanungszeitraumes sind. Die bereits erfolgreich umgesetzten eigenen Konsolidierungsbemühungen werden dadurch immer wieder konterkariert.

b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Wie im Haupt- und Finanzausschuss am 05. bzw. im Rat der Stadt Siegen am 19.06.2002 berichtet (Verwaltungsvorlage Nr. 1964/2002 vom 22.05.2002), lässt der Bewirtschaftungsstand nach Ablauf von vier Monaten erkennen, dass im laufenden Haushaltsvollzug wiederum erhebliche Mindereinnahmen (bei der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) zu erwarten sind. Insofern wurden bereits über die verfügbaren Bewirtschaftungsrichtlinien hinausgehende einschränkende haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (Haushaltssperre) angekündigt.

Die sich nach derzeitigem Erkenntnisstand abzeichnende **Fehlbetragsausweitung (möglicherweise bis zu rd. 12 Mio. €)** ist weder durch eine auch weiterhin äußerst restriktive Ausgabenbewirtschaftung noch durch eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 GemHVO vollständig aufzufangen. Ungeachtet dessen müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, um einer Verschlechterung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entgegenzuwirken. Eine entsprechende Forderung hat auch der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein in der v. g. Genehmigungsverfügung zum Haushalt 2002 erhoben.

Nach § 28 GemHVO kann der Kämmerer, wenn die Entwicklung der Einnahmen

oder Ausgaben es erfordert, die Inanspruchnahme von Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen sperren. Der Rat kann diese Sperre wieder aufheben.

Mit Verfügung vom 18.06.2002 wurde eine **haushaltswirtschaftliche Teilsperre** in Höhe von

10 %

der sog. disponiblen Ausgabeansätze nach § 28 GemHVO verfügt. Wegen der ohnehin bereits äußerst stringent gebildeten Haushaltsansätze des Jahres 2002 sind weitergehende und kurzfristig wirkende Eingriffe in die laufende Bewirtschaftung kaum möglich. Allerdings ist es aber auch zur Verhinderung von weiteren Fehlbetragsausweitungen zwingend erforderlich, dass die Haushaltssperre in voller Höhe in den jeweiligen Budgetbereichen bzw. im Gesamthaushalt "greift".

Ausgenommen von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind Leistungen, zu denen die Stadt Siegen aufgrund von gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen verpflichtet ist. Aufgrund der als dramatisch zu bezeichnenden Haushaltslage ist es in diesem Jahr jedoch erstmalig unumgänglich, auch die freiwilligen Zuschüsse in die 10 %ige Sperre mit einzubeziehen.

Die konkreten Umsetzungsmodalitäten der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind aus der als Anlage 2 beigefügten Verfügung vom 18.06.2002 an alle Fachbereiche / Institute zu entnehmen. **Dabei ist darauf hinzuweisen, dass von den einzelnen Organisationseinheiten ein an den disponiblen Mitteln orientierter 10 %iger Konsolidierungsbeitrag verlangt werden muss. Die Einsparvorgaben je Organisationseinheit sind in der Anlage 3 dargestellt.**

Um den Gesamtkonsolidierungsbeitrag je Organisationseinheit absichern zu können, werden zunächst die ermittelten Beträge haushaltsstellenscharf gemäß Anlage 3 gesperrt. Jede Organisationseinheit hat jedoch die Möglichkeit, die verfügte Sperre auszutauschen mit der Maßgabe, dass der zu entsperrende Betrag zu einer adäquaten Einsparung bei einer anderen Haushaltsstelle führt. Ebenfalls wird die Haushaltssperre dann aufgehoben, wenn nachweislich unabweisbare Ausgabenbedarfe in Höhe der gesperrten Beträge vorliegen.

Bei voller Umsetzung der Haushaltssperre kann, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen genommen, ein Betrag von rd. 1,65 Mio. € "erwirtschaftet" werden.

Nach § 29 GemHVO ist der Rat unverzüglich zu unterrichten, wenn eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 28 GemHVO angeordnet wird. Dieser Verpflichtung komme ich hiermit nach.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen: 3

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
27.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss III - Ost	06.06.2002
Bauausschuss	10.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	03.07.2002
Rat	17.07.2002

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung;
hier: ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
➤ Aufstellungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Sachverhalt / Begründung:

2.1 Ausgangslage

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen größtenteils bebauten Alt-Standort an der Kirlestraße in Feuersbach.

Der Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" ist seit dem 25.09.1968 rechtsverbindlich und durch eine 1. vereinfachte Änderung vom 01.07.1972 angepasst worden.

Auf der Südseite der vorhandenen Bebauung unterhalb der Kirlestraße und durch einen Wirtschaftsweg erschlossen liegen zwei landwirtschaftliche Flächen, die teilweise mit Fichten bepflanzt sind.

2.2 Städtebauliches Ziel

Es ist städtebauliches Ziel, diese beiden ca. 3.000 m² großen Flächen im Rahmen der Innenentwicklung als Arrondierung der Wohnbebauung durch eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" umzuplanen.

Im FNP der Stadt Siegen sind diese Flächen bereits als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) dargestellt.

Das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Siegen sieht die Erschließung dieses Wohngebietes an der Kirlestraße für den Zeitraum 2003 bis 2005 vor.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlage: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
25.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

Ausschussneubesetzung
hier: Vergabeausschuss und Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

1. in den Vergabeausschuss:

Herrn Harald Hahn (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

2. in den Jugendhilfeausschuss:

Herrn Christian Sondermann (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

In den oben genannten Ausschüssen ist jeweils ein Ausschusssitz neu zu besetzen. Seitens der CDU-Fraktion wird Herr Harald Hahn für einen seit längerer Zeit nicht besetzten Ausschusssitz für den Vergabeausschuss benannt. Herr Christian Sondermann wird als Nachfolger für Herrn Michael Neuser für den Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen.

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Münker

Datum
12.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

Ausschussneubesetzung
hier: Bauausschuss und Feuerschutzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Bauausschuss

Herrn Ansgar Cziba (s. B.) als ordentliches Mitglied

2. in den Feuerschutzausschuss

Herrn Axel Boldt (s. B.) als ordentliches Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet um folgende Um- bzw. Neubesetzung:

1. Herr Ansgar Cziba als ordentliches Mitglied im Bauausschuss anstelle von Herrn Axel Boldt;
2. Herr Axel Boldt als ordentliches Mitglied im Feuerschutzausschuss anstelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Bernd Wagener

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	-------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Münker

Datum
15.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

- a) Ausschussumbesetzungen**
- b) Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen gem. § 113 GO NW**

Beschlussvorschlag:

a) Ausschussumbesetzungen

Der Rat der Stadt Siegen wählt

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als ordentliches Mitglied in den

- Jugendhilfeausschuss,
- Ausschuss für Schul- und Bildungswesen und
- Werksausschuss,

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen,
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften und
- Rechnungsprüfungsausschuss

Herrn Wilhelm Kamieth (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den

- Wahlprüfungsausschuss

b) Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen

Der Rat der Stadt Siegen benennt als Vertreter der Stadt Siegen

in der Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied

in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes "Klärwerk Hüttental-Netphen

Herrn Rolf Klöpperpieper (Stv) als stellvertretendes Mitglied

in den Hausvorstand des Kreisjugendheims

Herrn Horst Wunderlich (Stv) als ordentliches Mitglied

in der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes "Kommunale Datenzentrale Westfalen-Süd - KDZ"

Herrn Wilhelm Rothenpieler (Stv) als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Die CDU-Fraktion bittet um vorstehende Änderungen als Nachfolge für das ausgeschiedene Ratsmitglied Sancho Kleine

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Münker

Datum
15.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

**Vertretung der Stadt Siegen in Unternehmen oder Einrichtungen gem.
§ 113 GO NW
hier: Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen schlägt Herrn Hans-Günter Bertelmann als Vertreter der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH vor.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Schreiben vom 04.07.2002 hat Herr Joachim Boller sein Mandat als Mitglied im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zum 01.08.2002 bzw. zum Zeitpunkt der Bestellung eines Nachfolgers niedergelegt.

Die Erstbesetzung nach der Kommunalwahl 1999 erfolgte auf Vorschlag der Zählgemeinschaft der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der UWG-Fraktion. Die Zählgemeinschaft hat mit Schreiben vom 12.07.2002 mitgeteilt, dass diese weiterhin besteht und nunmehr Herr Hans-Günter Bertelmann die Nachfolge für Herrn Boller übernehmen soll.

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	-------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
16.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

17.07.2002

Betreff:

**Ausschussneubesetzung
hier: Jugendhilfeausschuss**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Frau Dr. Helgard Hundhausen (s. B.) als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Sachverhalt / Begründung:

Frau Dr. Helgard Hundhausen hat die Aufgaben beim Gesundheitsamt des Kreises Siegen-Wittgenstein von Frau Dr. med. Gertrud Becker-Düster übernommen, einschließlich ihrer Vertretung im Jugendhilfeausschuss.

Ulf Stötzel